



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und  
Beschäftigung  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 30.01.2020

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung  
am Dienstag, 4. Februar 2020, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Geschäftsordnungsangelegenheiten
- 1.1 Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2019

## Bereich Frauen:

### 2. 20-F-08-0007

Bereitstellung von Frauenhausplätzen in Wiesbaden nach dem Schlüssel der Istanbul-Konvention

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020 -

Dem Wiesbadener Kurier vom 18.01.2020 „Häusliche Gewalt in Wiesbaden: Platzmangel für Frauen in Not“ sind folgende Fakten zu entnehmen:  
In der Landeshauptstadt Wiesbaden werden 17 Frauenhausplätze (10 Plätze durch das Diakonische Werk, 7 Plätze durch die AWO) bereitgestellt. In Wiesbaden leben 149.639 Frauen (Stand 31.12.2018). Im Jahr 2019 wurden 44 Frauen in einem der Frauenhäuser aufgenommen. 175 Frauen brachte man in Frauenhäusern in anderen Bundesländern unter. Im Jahr 2018 wurden in Wiesbaden 1.034 Strafanzeigen wegen häuslicher Gewalt gestellt. Die Dunkelziffer dieser Straftaten ist hoch. Expert\*innen gehen davon aus, dass nur jede fünfte Straftat angezeigt wird. Daraus folgt, dass in Wiesbaden etwa 5.000 Frauen und Mädchen in jedem Jahr Opfer häuslicher Gewalt sind. Die Empfehlung der Task Force des Europarats zur Istanbul-Konvention hält pro 7.500 Einwohner\*innen einen Frauenhausplatz für notwendig. Danach müssten in Wiesbaden ca. 40 Frauenhausplätze vorgehalten werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

I. Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Frauen (unter bzw. über 25 Jahre) haben in den Jahren 2017, 2018 und 2019 eine Unterbringung in einem Frauenhaus angefragt? Für wie viele Kinder wurden Frauenhausplätze angefragt?
2. Wie viele Frauen und Kinder konnten in Wiesbaden untergebracht werden?
3. Wie viele Frauen und Kinder fanden einen Platz in anderen Städten bzw. Bundesländern?
4. Wie viele Frauen und Kinder wurden in Wiesbaden aus anderen Städten bzw. Bundesländern aufgenommen?
5. Wie viele Frauen und Kinder wurden abgewiesen?
6. Mit welchen Maßnahmen konnten die nicht im Frauenhaus untergebrachten Frauen und Mädchen unterstützt werden?
7. Trifft es zu, dass ein neues Frauenhaus mit der Diakonie als Träger in Planung ist? Wenn ja, möge der Magistrat über den Stand der Planung berichten.

II. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden folgt der Empfehlung der Task Force des Europarats zur Istanbul-Konvention und legt den Schlüssel zur Bereitstellung für Frauenhausplätze auf einen Platz pro 7.500 Einwohner\*innen fest.

### 3. 19-F-08-0078

### ANLAGE

Umsetzung des „Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention)“

- Beschluss Nr. 94 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 22.10.2019 -  
- Aktueller Sachstand -

4. 19-J-42-0040

ANLAGE

Kostenlose Monatshygiene an öffentlichen Toiletten

- Beschluss Nr. 127 des Jugendparlaments vom 17.12.2019 -

5. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

**Bereich Wirtschaft:**

6. 20-F-08-0005

Fortführung der „Eiszeit“ in den Jahren 2020-2024

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020 -

Der Vertrag zur Nutzung der Fläche zwischen Schillerdenkmal und Hessischem Staatstheater wurde von Seiten des Staatstheaters der Kurhaus Wiesbaden GmbH zum 31.01.2020 gekündigt. Die „Eiszeit“ kann somit ab der Saison 2020/2021 nicht mehr im Format der letzten Jahre stattfinden. Ebenso wird der Warme Damm als Veranstaltungsfläche für die „Eiszeit“ künftig vom Grünflächenamt und der Denkmalschutzbehörde ausgeschlossen.

Der vom Magistrat vorgeschlagene neue Standort am Dernschen Gelände wird nach Umfragen bei den Marktbesucher\*innen abgelehnt. Kritisch wird unter anderem gesehen, dass es nur eine Ausfahrt für den Abbau der Stände gäbe, dass Stände wegfielen und dass der Lärm, der mit der Veranstaltung „Eiszeit“ verbunden ist, für die Marktbesucher\*innen unzumutbar wäre.

Der zuständige Ortsbeirat Mitte hat die entsprechende Magistratsvorlage bzw. den vorgeschlagenen Standort ebenfalls abgelehnt.

In der Sitzung des Ortsbeirats Nordost am 22. Januar 2020 überreichte die Bürgerin Cornelia Endres eine Unterschriftensammlung zum Erhalt der „Eiszeit“ am bisherigen Standort mit dem Petikum „SCHILLER&EISZEIT GEHÖREN ZUSAMMEN“ dem Ortsbeirat. Nach Angaben der Initiatorin haben 5.190 Personen diese Petition unterstützt.

Der Kündigungsgrund seitens des Hessischen Staatstheaters ist der Magistratsvorlage nicht zu entnehmen.

I. Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Was waren die Kündigungsgründe des Hessischen Staatstheaters zur Nutzung der Fläche zwischen Schillerdenkmal und Hessischem Staatstheater für die „Eiszeit“?

Gab es Versuche, die Kündigungsgründe auszuräumen, um die Fläche weiterhin zur Betreibung der Eiszeit nutzen zu können? Wenn ja, welche?

Wurden die Marktbeschicker\*innen in die Gestaltung der Neukonzeption der „Eiszeit“ am Dernschen Gelände einbezogen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Welche möglichen Alternativflächen wurden untersucht? Welche Flächen kämen davon in Betracht bzw. warum kamen andere Fläche nicht in Betracht? Nach welchen Kriterien wurde priorisiert bzw. entschieden?

II. Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge eine überarbeitete Vorlage in den Geschäftsgang geben, die den Erhalt der Veranstaltung die „Eiszeit“ in Wiesbaden ermöglicht.

## 7. 20-F-08-0006

Landschaftsverbrauch und Perspektive der Landwirtschaft in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 29.01.2020 -

Durch die massiven Proteste von Bauern in den letzten Wochen erhielt die Situation der Landwirtschaft auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden wieder eine größere Aufmerksamkeit. Dies veranlasste wohl auch Bürgermeister Dr. Franz sich als Wirtschaftsdezernent zur Bedeutung der Landwirtschaft für die Stadt grundsätzlich zu äußern. Bemerkenswert ist dabei auch seine Aussage „Im hochversiegelten Rhein-Main-Raum sei es wichtig, jeden Hektar Ackerkrume und Weideflächen zu erhalten“, wie ihn die Tagespresse am 4. Januar 2020 zitiert (Rhein-Main-Anzeiger, Seite 11). Dies ist umso bemerkenswerter angesichts der Tatsache, dass (trotz Ausrufung des „Klimanotstands“) bislang an den Planungen für zwei Gewerbegebiete und ein Mischgebiet in der Größenordnung von 125 Hektar im Bereich „Ostfeld/Kalkofen“ festgehalten wird. Ein erheblicher Teil dieser Fläche wird bislang landwirtschaftlich genutzt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Wie hoch ist der Anteil landwirtschaftlich genutzter Fläche der durch die Entwicklung der beiden Gewerbegebiete und des Mischgebiets im Bereich „Ostfeld/Kalkofen“ überbaut werden soll und damit Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stünde?

Wieviel Ackerfläche und naturnahe Flächen würden durch die zu schaffende Infrastruktur zur Versorgung und Anbindung des Projektgebiets „Ostfeld/Kalkofen“ (z. B. durch Zufahrtsstraßen, Autobahnanschluss und Citybahntrasse) verloren gehen?

Ist geplant, den betroffenen Landwirt\*innen (Eigentümer\*innen wie Pächter\*innen) für die abzugebende Flächen Ersatzflächen zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, wo stehen solche Flächen, die in landwirtschaftlich nutzbare, naturnahe Flächen umgewandelt werden könnten, zur Verfügung?

Welche negativen Folgen hätte der zu erwartende Verlust an Ackerflächen und naturnahen Flächen für die CO2-Bilanz (in Tonnen pro Jahr)?

Mit welchen wirtschaftlichen Konsequenzen ist durch Aufgabe von bäuerlichen Betrieben oder Einschränkung der Landwirtschaft zu rechnen (für die betroffenen Landwirt\*innen und für die Landeshauptstadt Wiesbaden)?

Wie wurde der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen durch die Verlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden und die Entwicklung der Gebiete „Petersweg West, Petersweg Ost, Erbenheim Süd, in Delkenheim und anderer Entwicklungsgebiete in der Nachbarschaft ausgeglichen?

Wieviel Hektar landwirtschaftliche Fläche gingen in den letzten zehn Jahren in der Landeshauptstadt Wiesbaden verloren?

### Bereich Allgemeines:

8. 17-A-54-0006

ANLAGE

Auswärtige Sitzungen des Ausschusses

- Beschluss Nr. 115 des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 03.12.2019

9. Verschiedenes

### Tagesordnung II

1. 19-V-02-8011

DL 04/20-1, 03/20-2

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Friedhofsteam"  
- Verlängerung 2020 bis 2022

2. 20-V-20-0002

DL 04/20-9, 03/20-10

Investitionscontrolling 2019 zum Stichtag 02.01.2020

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke  
Vorsitzende